

KAS INTERNATIONALE

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



POLITISCHER DIALOG:
Konferenz in Peking zu den Auswirkungen des chinesischen Regierungswechsels



EUROPAPOLITIK:
Eröffnung des neuen KAS-Büros in Athen mit MP Antonis Samaras und Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP



MEDIEN:
Rekordbeteiligung beim fünften African Media Leaders Forum im November in Senegals Hauptstadt Dakar



UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK:
Diskussion über die Folgen des Klimawandels und die deutsche Energie- wende in San Francisco

SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN DER SAHELZONE

Zum siebten Mal lud das Regionalprogramm „Politischer Dialog Westafrika“ (Benin, Burkina Faso, Togo, Niger, Elfenbeinküste, Mali) zu seiner jährlichen sicherheitspolitischen Konferenz ein. Die Tagung fand vom 21. bis 23. November 2012 in der togolesischen Hauptstadt Lomé statt. Das Programm wurde wie stets vom Verteidigungsausschuss des Parlamentes im Gastgeberland sowie dessen Verteidigungsministerium in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert.

Traditionell ist das Treffen eine wichtige Plattform für den sicherheitspolitischen Austausch zwischen hochrangigen Militärs und Verteidigungspolitikern der Region, die sich mit internationalen Experten über aktuelle sicherheitspolitische Fragen sowie Grundsatzfragen des zivil-militärischen Verhältnisses austauschen. Ziel des Austausches ist die Einbeziehung des Militärs in die Stabilisierung und Förderung des demokratischen Prozesses in Westafrika.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Überlegungen zur nachhaltigen Konfliktbeilegung in aktuellen Krisenherden wie Mali – schließlich sind die an der Konferenz beteiligten Staaten durch ihre geographische Lage und Einbindung

in die ECOWAS (Economic Community of West African States) von der Entwicklung in Mali betroffen. So betonte auch der stv. Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers, dass die regionalen Sicherheitsprobleme in der Sahelzone in besonderem Maße länderübergreifendes Handeln erfordern. Die abschließenden Handlungsempfehlungen der Konferenzteilnehmer stellten eine verbesserte



Konfliktprävention und -kooperation in der Region sowie eine schnelle Implementierung von Friedensabkommen und Resolutionen der Afrikanischen Union und der ECOWAS in den Vordergrund. Absolute Priorität habe die Abhaltung einer internationalen Konferenz mit dem Ziel der Befriedung Malis.

Thema der nächsten sicherheitspolitischen Konferenz in Niamey (April 2013) wird die Analyse und Bekämpfung des Terrorismus in der Sahelregion sein.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 5 | Seite 22
Politischer Dialog
- Seite 8
Europapolitik
- Seite 10
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 12
KAS-Panorama
- Seite 14
Rechtsstaat
- Seite 16
Medien
- Seite 18
Demokratie und Entwicklung
- Seite 20
Umwelt-, Klima- und Energiepolitik
- Seite 23
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 24
Neuerscheinungen

Dr. Gerhard Wahlers, stv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, und die Teilnehmer der internationalen Sicherheitskonferenz in Lomé

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



in der Nachbarschaft Europas verändern sich die Verhältnisse rasant: Der von Tunesien ausgehende Umbruch in der arabischen Welt, dessen Finalität noch nicht absehbar ist, der Konflikt in Syrien und die Eskalation der Krise in Mali – sie alle stellen den alten Kontinent vor neue Herausforderungen. Zugleich droht die Haushaltskrise den sicherheitspolitischen Handlungsspielraum Europas weiter einzuschränken. Somit stehen die europäischen Staaten vor der doppelten Aufgabe, sich nach innen zu konsolidieren und nach außen zu gestalten.

Dazu braucht es eine effizientere Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. In der Vergangenheit wurde diese Säule der europäischen Integration zuweilen vernachlässigt, schließlich galt für Europa, dass bei internationalen Konflikten im Zweifelsfall der engste Verbündete USA „die Kohlen aus dem Feuer“ holen würde – eindrücklich bewiesen während der Zerfallskriege Jugoslawiens in den 1990er Jahren. Europa konnte sich auf die zivile Konfliktvorbeugung und -nach-sorge fokussieren, für militärische Konfliktlösung waren in erster Linie die Amerikaner zuständig. Diese Gewissheit schwindet, denn Washington hat mit eigenen Sparzwängen zu kämpfen und verschiebt seine strategischen Prioritäten in Richtung Pazifik.

Die Folge daraus ist, dass Europa in Zukunft mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die Stabilisierung seiner Nachbarschaft übernehmen muss. Der NATO-Einsatz in Libyen gab einen ersten Vorgeschmack auf diese neue Wirklichkeit: Die USA unterstützten ihre europäischen Verbündeten zwar, aber die politische und militärische Führung oblag Frankreich und Großbritannien. Auch der aktuelle Konflikt in Mali zeigt, dass Europa seine Werte und Interessen gegebenenfalls selbst militärisch verteidigen muss.

Um dies auch in Zukunft gewährleisten zu können, müssen die Europäer ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit intensivieren. Noch fehlt es zu oft am Willen zum gemeinsamen Handeln, aber auch an Schlagkraft und Durchhaltefähigkeit. Über gemeinsame Beschaffung, Unterhaltung und Nutzung militärischer Fähigkeiten sollten die EU-Staaten ihre Handlungsfähigkeit verbessern – übrigens auch zum Nutzen der NATO und der amerikanischen Freunde. Denn ohne militärische Stärke wird sich Europa im 21. Jahrhundert nicht behaupten können, auch wenn moderne Sicherheitspolitik weit über das Militärische hinausgeht und zivile Konfliktprävention und politischer Dialog immer wichtiger werden.

In ihrer internationalen Arbeit greift die Konrad-Adenauer-Stiftung diese unterschiedlichen Aspekte verantwortlicher Sicherheitspolitik auf. Innerhalb Europas wollen wir dazu beitragen, die GSVP zu stärken und die Handlungsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu erhalten. Und im Dialog mit unseren Partnern in anderen Teilen der Welt suchen wir nach Wegen, Konflikten vorzubeugen und Stabilität zu fördern.

Diese Ausgabe der KAS International stellt einige dieser Projekte vor.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Berlin, im März 2013

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Stefan Friedrich
(Gesamtkoordination)
■ Silke David
■ Isabel Peter

■ Dr. Céline-Agathe Caro
(Europapolitik)
■ Sebastian Barnet Fuchs
(Demokratie und Entwicklung)
■ Peter Girke
(Rechtsstaat)
■ David Gregosz
(Wirtschafts-
und Sozialordnung)
■ Dr. Christian Hübner
(Umwelt-, Klima- und
Energiepolitik)
■ Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)
■ Martina Wisser
(Medien)

Kontakt über:

vorname.nachname@kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

© 2013

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner
klimaneutral
gedruckt

Zertifikatsnummer:
100311211-1006
www.climatepartner.com

DEUTSCH-BRITISCHER SICHERHEITSDIALOG IN BERLIN

Gemeinsam mit dem Royal United Services Institute lud die KAS zum wiederholten Male Politiker, Militärs und Fachleute aus Deutschland und Großbritannien zu einem Fachgespräch am 18. Februar nach Berlin ein. Der Workshop fokussierte sich vor allem auf die Frage der mittelfristigen Streitkräfteplanung sowie auf mögliche Synergien mit Blick auf die maritimen Fähigkeiten beider Länder. Hochrangige Offizielle wie der Planungschef im britischen Verteidigungsministerium, Air Marshall Hillier, und der Stellvertreter des deutschen Inspektors der Marine, Konteradmiral Heinrich Lange, gaben der Diskussion die notwendigen Impulse.



Air Marshall
Stephen Hillier
(ll.), Professor
Malcolm Chalmers
(RUSI)

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES STRATEGIEFORUM

Am 28. und 29. November 2012 fand in der Akademie der KAS das 14. Deutsch-Französische Strategieforum statt, das die Stiftung in Kooperation mit dem Pariser Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) abwechselnd in Berlin und Paris veranstaltet. Dieses Forum bietet Parlamentariern, Regierungsvertretern und Experten aus Deutschland und Frankreich Gelegenheit, über langfristige außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen zu beraten. Im Rahmen des diesjährigen Forums diskutierten die Teilnehmer über Europas verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit.



Botschafter Wolf-
gang Ischinger,
ehem. Staats-
sekretär im
Auswärtigen Amt
und Vorsitzender
der Münchner
Sicherheitskon-
ferenz in Berlin

KONFLIKTANALYSE UND GEWALTPRÄVENTION IN TANSANIA

Unter dem Titel „Violence, Disregard of the Law, Killings – Is Our Peace Under Threat?“ stellte die KAS im Rahmen einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung die Frage nach den Ursachen der zunehmenden Gewalt in Tansania. Über 350 Teilnehmer diskutierten engagiert über mögliche Auswege aus der Gewaltspirale. Der elfte Maendeleo-Dialog (Kiswahili: Maendeleo = Entwicklung) trug damit zur Verständigung in einem konfliktgeladenem Umfeld bei.



Sheikh Alhad
Musa Salum,
Vorsitzender der
Vereinigung der
Koranschullehrer
JUWAQUTA,
während der
Diskussion

SCHWERPUNKTTHEMA



Diskussion zwischen Polizei und Zivilgesellschaft zum Thema Sicherheit

DER DIALOG ZWISCHEN BÜRGER UND POLIZEI

Im gesamten Kongo ist die Sicherheit von Person und Privateigentum nicht ausreichend geschützt. In vielen Gemeinden steht die Polizei den Verbrechen machtlos gegenüber oder ist sogar selbst Verursacher. Innerhalb der Zivilgesellschaft gibt es eine zunehmende Anzahl von Akteuren, die über dieses Problem einen Dialog mit Vertretern der Polizei und Regierung anstreben.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert diesen Dialog und brachte im Rahmen des von der EU kofinanzierten Projekts „Dialog und Beteiligung“ 40 Vertreter der Zivilgesellschaft und Polizei in Kinshasa zusammen. Bei dem einwöchigen Seminar ging es um erfolgreiche Methoden der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene und Ideen, wie sich in Zukunft Konflikte vermeiden lassen. Die Empfehlungen der Fachkonferenz wurden im Anschluss eingehend in den lokalen Medien diskutiert und erreichten somit einen großen Teil der Bevölkerung.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Sicherheitskooperation im Westlichen Balkan

Gemeinsam mit dem Atlantic Council of Albania lud die KAS Referenten und Teilnehmer aus Albanien, Montenegro, Mazedonien, Kosovo, Serbien, Deutschland und den USA ein, um über die Sicherheitslage in der Region zu diskutieren. Gegenstand der Debatte waren vor allem die Bestrebungen einzelner Politiker in Albanien und Kosovo, beide Länder tendenziell als Einheit zu betrachten.

Oppositionsführer Mugisha Muntu, ehem. Chef der Armee und derzeitiger Vorsitzender der größten Oppositionspartei Forum for Democratic Change (FDC), sprach sich bei der Veranstaltung der KAS Uganda u. a. für eine Professionalisierung der Armee aus.



■ SCHWERPUNKTTHEMA

INTERNATIONALE EXPERTEN-KONFERENZ IN TUNIS

Die Krise im westafrikanischen Mali beherrscht derzeit den sicherheitspolitischen Diskurs der maghrebischen Nachbarstaaten. Vor allem Algerien und Libyen, aber auch Marokko und Tunesien sind besonders betroffen. Hat die Krise in Mali möglicherweise bereits die Nachbarländer erreicht? Wie steht es um die regionale Stabilität im Maghreb? Welches transnationale Potenzial hat der religiöse Extremismus? Welchen Einfluss haben die Entwicklungen in der Sahelzone auf die afrikanisch-arabischen Beziehungen? Diesen und weiteren Fragen sind ausgewiesene Regionalexperten, aus den Ländern sowohl nördlich als auch südlich der Sahara, auf Einladung der KAS in Tunis und des Observatoriums für arabische Religionen und bürgerliche Freiheiten (OaRL) im Rahmen einer Konferenz unter dem Titel „Die aktuelle Lage südlich der Sahara und die Folgen für die Maghrebstaaten“ am 15. und 16. Februar 2013 nachgegangen.



Ausgewiesene Experten diskutierten die Perspektiven globaler Sicherheit in Tunis.

GEWALTENTEILUNG UND DIE ROLLE DES MILITÄRS IN UGANDA

Seit Beginn des Jahres sorgen Macht- und Drohgebärden zwischen dem Parlament und der Regierung in Uganda für Schlagzeilen: Gerüchte über einen möglichen Militärputsch machten die Runde. Neben dem Verteidigungsminister und hochrangigen Militärs drohte sogar der Präsident selbst, das Parlament notfalls mit Hilfe des Militärs zu „disziplinieren“. Die Debatte, die daraufhin im ganzen Land entbrannte, hat die KAS gemeinsam mit dem Alumniverband der Makerere-Universität (MUC) aufgegriffen, um in einer öffentlichen Dialogveranstaltung der Frage der Gewaltenteilung und der besonderen Rolle der Armee in einer Demokratie grundsätzlich nachzugehen und am Beispiel Ugandas zu diskutieren. Die Veranstaltung fand am 12. Februar 2013 an der renommierten Makerere-Universität statt und bot mehr als 200 Vertretern aus Regierung, Parlament, Militär, Medien und Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft Gelegenheit, das Thema von allen Seiten zu beleuchten. Die größte Aufmerksamkeit kam dem früheren Armeechef und derzeitigen Oppositionsführer Mugisha Muntu zu. Dieser wies nachdrücklich auf die ugandische Verfassung hin, die einen Regierungswechsel ausschließlich durch freie und faire Wahlen vorsieht und die Armee in ihre Schranken weist.

MALI AM SCHEIDEWEG

Auf Einladung der KAS diskutierte am 21. Februar in Dakar ein Fachpublikum von mehr als 130 Teilnehmern über die Krise in Mali und über regionale Lösungsansätze. Der Konferenzsaal der KAS war überfüllt, viele mussten vom Garten aus die Debatte verfolgen. Das zeigt: Der Gesprächsbedarf war groß, denn die Mali-Krise wirkt sich zunehmend auch auf Senegal aus.

Der Historiker und Religionswissenschaftler Bakary Samba leitete die Krise aus geschichtlichen und geostrategischen Faktoren her, während die Juraprofessorin Fatou Kiné Camara die Geschichte und Verfassung des mittelalterlichen Mali-Reiches als Inspirationsquelle für Lösungsvorschläge analysierte. Die Debatte wurde vom Archivwissenschaftler Mbaye Thiam moderiert. Das internationale Publikum setzte sich aus Universitätsprofessoren, Politikern, Schriftstellern und Vertretern von europäischen und amerikanischen Institutionen zusammen, viele Malier waren anwesend. Die Komplexität des multidimensionalen Konflikts wurde analysiert und



Geschichtswissenschaftler Gaide kommentiert die Mali-Krise.

in den afrikanischen und internationalen Kontext gestellt, um schließlich eine Reihe von Lösungsvorschlägen zu präsentieren. So war man sich einig, dass gesellschaftliche Ungerechtigkeit, Armut, Arbeitslosigkeit und die Bildungsmisere angegangen werden müssen, um extremistischen Bewegungen den Nährboden zu entziehen. Handlungsbedarf wurde auf vielen Ebenen gesehen: Der Staat ist schwach, die Armee reformbedürftig, der afrikanische Zusammenhalt dünn. Im Zentrum jedoch steht der einzelne Bürger. Solange sich die Afrikaner über Ethnie, Sprache, Kultur und Geographie definieren und es an gesellschaftlicher Toleranz mangelt, wird der Kontinent anfällig bleiben für Konflikte wie in Mali.

Der politische Dialog dient dem Meinungs austausch sowie der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER DIALOG ■

AUFARBEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN VERGANGENHEIT

Die kommunistische Vergangenheit Albanien liegt wie eine Hypothek auf dem Land. Zahlreiche Opfer der politischen Verfolgungen zwischen 1944 und 1990 finden zu wenig Gehör, und Initiativen von politischer Seite sind zu zaghaft. Aber diese Vergangenheit ist auch ein Teil aktueller Tagespolitik. Es geht zum einen um das Selbstverständnis der jungen Demokratie in Albanien, die seit dem Zusammenbruch des Kommunismus entwickelt wird, zum anderen um Gerechtigkeit für die Opfer der Verfolgungen, die in vielen Fällen aufgrund ihres Schicksals im heutigen Leben mit sozialen Härten konfrontiert sind. Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet intensiv mit albanischen Vertretern der Zivilgesellschaft und mit Forschern zusammen, um das Thema zu einer breiten gesellschaftlichen



V.l.: Dr. Thomas Schrapel, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Albanien, die Moderatorin Luljeta Lleshanaku, Prof. Peter Maser, der albanische Bildungsminister Prof. Myrqerem Tafaj und die deutsche Botschafterin in Tirana, Carola Müller-Holtkemper

Diskussion zu führen. So wurden bei einer Konferenz am 17. Dezember 2012 u. a. drei Publikationen vorgestellt, die mit Hilfe der KAS erarbeitet wurden.

PAN-PRÄSIDENT BEI DER KAS IN MEXIKO



PAN-Präsident Gustavo Madero (li.) und Dr. Stefan Jost, Repräsentant der KAS in Mexiko

Der Präsident der mexikanischen Partei PAN, Gustavo Madero, stattete dem KAS-Auslandsbüro in Mexiko einen Besuch ab. Madero sagte, er wolle mit dieser Geste zum Ausdruck bringen, dass die PAN sich der Bedeutung der KAS als Partner bewusst und dankbar für die erhaltene Unterstützung sei. Thema des einstündigen Gesprächs

waren die Felder künftiger Zusammenarbeit. Die Ausbildung und Förderung des politischen Nachwuchses und die Unterstützung der kommunalen Mandatsträgerebene werden dabei einen Schwerpunkt bilden. Nach ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen im Juli vergangenen Jahres wird es darauf ankommen, die Partei von den Kommunen her wieder aufzubauen. Einigkeit bestand darin, dass die PAN sich sehr viel stärker als bisher der Arbeit mit der Zivilgesellschaft und dem vopolitischen Raum widmen muss. Das betrifft nicht zuletzt die Einbeziehung indigener Minderheiten in die Arbeit der PAN. So soll in diesem Jahr erstmals ein spezieller Ausbildungslehrgang für indigene Führungskräfte ins Leben gerufen werden.

KAS BEIM STAATSPRÄSIDENTEN OST-TIMORS

Der Leiter des KAS-Auslandsbüros Indonesien und Ost-Timor, Dr. Jan Woischnik, ist im Dezember 2012 vom Staatspräsidenten Ost-Timors, José Maria Vasconcelos, empfangen worden. Im Rahmen dieser Reise konnte der Beginn einer systematischen Parteienzusammenarbeit der KAS mit zwei Mitte-Rechts-Parteien Ost-Timors vereinbart werden.



Dr. Jan Woischnik übergibt dem Staatspräsidenten Ost-Timors, José Maria Vasconcelos alias Taur Matan Ruak, die Septemberausgabe (2012) der KAS-Auslandsinformationen, in der ein Artikel zu den politischen Entwicklungen Ost-Timors im Jahre 2012 erschienen ist.

Staatspräsident José Maria Vasconcelos alias Taur Matan Ruak, so der populäre Kriegername des früheren Unabhängigkeitskämpfers, begrüßte den Auslandsmitarbeiter in seinem Amtssitz und dankte für das Engagement der KAS, die sich seit zehn Jahren für die demokratische Entwicklung des noch jungen Landes einsetzt und TV-Sendungen zu zivilgesellschaftlich relevanten Themen produziert und ausstrahlt.

V.l.: Andor Nagy MdNV,
Arnold Vaatz MdB, Bence
Ervin Takács (Moderator),
Gergely Gulyás MdNV,
Manfred Grund MdB



POLITISCHER DIALOG

DEUTSCHE UND UNGARISCHE PARLAMENTARIER IM DIALOG

Acht Bundestagsabgeordnete aus Ostdeutschland reisten Ende Oktober 2012 zu politischen Gesprächen nach Ungarn. Im Rahmen des Dialogprogramms organisierten die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und die politische Stiftung von FIDESZ, die Union für ein Bürgerliches Ungarn (SZPMA), eine Gesprächsrunde mit dem Thema „Deutschland und Ungarn im Dialog“. Auf dem Podium vertreten waren Arnold Vaatz MdB, stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Manfred Grund MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Gergely Gulyás MdNV, stv. Vorsitzender

der FIDESZ-Fraktion in der Ungarischen Nationalversammlung, sowie Andor Nagy MdNV, Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Gruppe in der Ungarischen Nationalversammlung. Ein wichtiges Ziel der Veranstaltung war es, die politische Situation in Ungarn offen anzusprechen und mögliche Missverständnisse im deutsch-ungarischen Verhältnis auszuräumen. Die Abgeordneten waren sich in der anschließenden regen Diskussion darüber einig, dass die ungarische Regierung die Öffentlichkeit über wichtige Vorhaben rechtzeitig und umfassend informieren müsse und eine verlässlichere Wirtschaftspolitik brauche.

KONFERENZ ZUM CHINESISCHEN REGIERUNGSWECHSEL

In Kooperation mit der Hongkong Baptist University veranstaltete das KAS-Auslandsbüro in Peking eine Konferenz zu den innen- und außenpolitischen Implikationen des 18. Parteitag. Die Veranstaltung schuf



Prof. Jean-Pierre Cabestan (Bildmitte),
Hong Kong Baptist
University

Raum für eine kritische und pluralistische Beleuchtung der Programmatik der 5. Führungsgeneration. Eingehend diskutierten chinesische und internationale Experten über innerparteiliche Zerrüttungen, die Affäre um Bo Xilai und mögliche Konsequenzen für die Legitimation der Kommunistischen Partei Chinas. Der zukünftige außen- und sicherheitspolitische Kurs der neuen Regierungsführung war ebenfalls ein Themenschwerpunkt der Debatte. Laut Dr. Kuo-hsiang Sun, Dozent am Institute of Asia-Pacific Studies, Nanhua University in Taiwan, werde die Volksrepublik ihre regionale Vormachtstellung auch weiterhin ausbauen. Außenpolitische Entscheidungen seien derweil beeinflusst vom Wunsch nach territorialer Souveränität, Ressourcensicherung und der Bewahrung des chinesischen Nationalismus.

KUBA-FORUM IN MEXIKO-STADT

Das Kuba-Forum der KAS am 28. Januar 2013 bot eine partei-übergeifende Plattform zum Dialog über die Zukunft Kubas. Deswegen war es ein besonderer Erfolg, dass außer



Dr. Stefan Jost, Leiter des
KAS-Auslandsbüros in Mexiko

und Europa via Skype acht kubanische Dissidenten live zugeschaltet werden konnten. Unter ihnen der Sacharow-Preisträger Guillermo Fariñas und Ofelia Acevedo, die Frau des vor einigen Monaten umgekommenen Oswaldo Paya. Die Konferenz befasste sich mit der Zivilgesellschaft Kubas, den neuen Technologien und Sozialen Netzwerken, Kubas Position in der internationalen Politik, der Rolle der katholischen Kirche und den neuen Freiräumen in Kuba. Wie ein roter Faden war durch alle Panels ein Kernanliegen zu erkennen: die Herausbildung und Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Kubaner selbst müssen den Wandel zu ihrer Sache machen, er kann nicht nur „von außen“ bewirkt werden.

Die Panels werden in einen einstündigen Filmbeitrag gefasst, der im Netz zu sehen sein wird. Begleitend zur Tagung wird ein e-book erscheinen.



Der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan empfängt den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, in Ankara.

POLITISCHER DIALOG ■

POLITISCHER DIALOG MIT DER TÜRKEI INTENSIVIERT

Im Oktober 2012 hat der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, die Türkei besucht. Im Mittelpunkt des Besuchsprogramms standen politische Gespräche in Ankara, wo er von Premierminister Recep Tayyip Erdoğan empfangen wurde. In diesem Gespräch stellte Pöttering die Arbeitsweise der deutschen politischen Stiftungen sowie insbesondere die Arbeit der KAS in der Türkei vor. Es schlossen sich Treffen mit dem Parlamentspräsidenten Cemil Çiçek in der Großen Türkischen Nationalversammlung sowie dem Minister für EU-Angelegenheiten, Egemen Bağış, an. Dabei ging es hauptsächlich um den Stand der Beitrittsverhandlungen, die als Chance gesehen werden, die Werte zu verankern, die sowohl von der Europäischen Union als auch von der Türkei geteilt werden. Im Zuge seines Aufenthalts erhielt Pöttering zudem in Istanbul den Ehrendokortitel der Bahçeşehir-Universität und traf Patriarch Bartholomäus I.

Auf Einladung Pötterings hielt Bağış am 31. Oktober 2012 eine Rede in der Berliner Akademie der KAS und warb darin für die EU-Vollmitgliedschaft seines Landes. Am 6. März 2013 sprach der stv. Ministerpräsident der Türkei, Bülent Arınç, in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Er ging dabei auf die aktuelle wirtschaftliche und politische Krise in Europa ein und betonte, Europa sei bisher aus jeder Krise gestärkt hervorgegangen.



Der stv. türkische Ministerpräsident Bülent Arınç während seiner Rede am 6. März 2013 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin

DEUTSCHE ABGEORDNETE IN TUNESIEN UND ALGERIEN

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Andreas Schockenhoff MdB, und Johannes Selle MdB, Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, reisten vom 17. bis 20. Dezember 2012 auf Einladung der KAS nach Algerien und Tunesien, um

Als Zeichen der deutsch-algerischen Verbundenheit überreichte der Präsident der algerischen Nationalversammlung, Mohamed Larbi Ould Khelifa (2.v.r.), den deutschen Gästen ein Geschenk.



sich über die sicherheitspolitische Lage in der Region, die politischen Reformprozesse und den Stand der tunesischen Verfassungsschreibung zu informieren. Nach Gesprächen mit dem algerischen Außenminister und dem Präsidenten der Nationalversammlung trafen die Abgeordneten in Tunesien Regierungschef Hamadi Jebali, Außenminister Rafik Abdessalam, den Präsidenten der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung (ANC), Mustapha Ben Jafaar, und den Minister für Gute Regierungsführung, Abderrahmane Ladgham. Auch der ehemalige Premierminister Beji Caid Essebsi empfing die Parlamentarier.

Schockenhoff forderte die politischen Verantwortlichen in Tunesien auf, eine Verfassung zu erarbeiten, der ein breiter gesellschaftlicher Konsens zugrunde liegt.

Der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras und der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, trafen anlässlich der Eröffnung des neuen Auslandsbüros in Athen zusammen.

■ EUROPAPOLITIK



LEITER DER TASK FORCE ZU GAST IN THESSALONIKI

Vor Unternehmensvertretern aus Nordgriechenland hielt der Leiter der Task Force für Griechenland, Horst Reichenbach (s. Foto), Anfang Februar 2013 einen Vortrag zur Beratungstätigkeit der Task Force sowie über seine Erfahrungen mit dem Reformprozess in Griechenland. Die knapp 350 Gäste nutzten in der anschließenden Diskussion intensiv die Gelegenheit für Fragen – die auch manches Vorurteil und Klischee über das Engagement des deutschen EU-Beamten in Griechenland aus dem Weg räumen konnten.



ERÖFFNUNG DES AUSLANDSBÜROS DER KAS IN GRIECHENLAND

Der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras sowie der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und frühere Präsident des Europäischen Parlaments Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP eröffneten am 19. Dezember 2012 mit einem Festakt im Akropolis-Museum das neue Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Athen. Unter den über 300 Gästen waren mehr als 60 Abgeordnete aus dem griechischen sowie aus dem Europäischen Parlament anwesend. Seit Mai 2012 wurde das Auslandsbüro Athen aufgebaut, und es wurden bereits zahlreiche Projekte mit griechischen Partnern auf den Weg gebracht – zur deutsch-griechischen Verständigung sowie einem intensivierten politischen Dialog mit allen europäischen Partnerstaaten.

GESPRÄCHE ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IN ATHEN

Mitte Dezember 2012 lud die KAS wirtschaftspolitische Multiplikatoren – darunter Journalisten, Ministerialbeamte, Wissenschaftler, Abgeordnete und deren Mitarbeiter – ein, in einem dreitägigen Workshop in Berlin und Athen die Herausforderungen des Erneuerungsprozesses in Griechenland zu beleuchten. Ziel der Veranstaltung war es, ein besseres Verständnis des politischen Systems des Landes, der ökonomischen Schwierigkeiten und der kulturellen Grundlagen Griechenlands zu erhalten.

Der Delegation zeigte sich bei zahlreichen politischen Gesprächen in beiden Ländern ein ambivalentes Bild. Zum einen sind die Konsolidierungsanstrengungen in Griechenland beachtlich. Diese strapazieren allerdings die Menschen des Landes in mehrfacher Hinsicht und werden zur Belastungsprobe für das griechische Parteiensystem. Zum anderen sind wachstumsfördernde Strukturreformen bislang nur unzureichend umgesetzt. Außerdem würden erste Reformerfolge wie z. B. die Durchsetzung der Rente mit 67 im Ausland bislang kaum zur Kenntnis



Die Teilnehmer der Delegationsreise trafen in Athen mit hochrangigen Gesprächspartnern, wie dem stv. Minister für Entwicklung, Notis Mitarachi, zusammen. Er wies auf immense Konsolidierungserfolge hin und forderte „mehr Geduld“.

genommen, hieß es. Das Gespräch mit griechischen Intellektuellen und Journalisten machte deutlich, wie tief die Entfremdung zwischen Staat, politischen Eliten und Bürgern in Griechenland sei. „Das Thema Griechenland wird uns noch einige Jahre erhalten bleiben“, bilanzierte ein Teilnehmer des Workshops beim Rückflug aus Athen.

Rechtes Foto v.l.: Wil Bakirow, Rektor der Nationalen Karasin-Universität Charkiw; Borys Tarasjuk, Mitglied des Ausschusses für Fragen der europäischen Integration des ukrainischen Parlaments; Gabriele Baumann, Leiterin des KAS-Auslandsbüros in der Ukraine; Oleksandr Suschko, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Euro-Atlantische Zusammenarbeit; Veronika Mowtschan, Direktorin für die wissenschaftliche Arbeit des Instituts für wirtschaftliche Studien und politische Beratungen

DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE FÜR DIE UKRAINE 2013

KOMMT DAS ASSOZIIERUNGSABKOMMEN?

Unter dem Titel „Europäische Perspektive für die Ukraine 2013“ führte die KAS am 8. Februar 2013 ein Rundtischgespräch an der Staatlichen Universität von Charkiw durch. Politiker und Experten diskutierten mit über 100 Teilnehmern über die mögliche Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine sowie über die Prioritäten für den derzeitigen Vorsitz des Landes in der OSZE.

Während der Diskussion war die Idee einer Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan – 30 km von der Grenze zur Russischen Föderation – auf der emotionalen Ebene sehr präsent. Im Verlauf der Beiträge, welche die Notwendigkeit des Assoziierungsabkommens mit der EU für demokratische,



rechtsstaatliche und wirtschaftliche Reformen in der Ukraine sowie die große Bedeutung des Freihandelsabkommens (DCFTA) betonten, wurden seine Vorteile sehr deutlich, so dass sich auch die Diskussion hin zu mehr Pragmatismus entwickelte.

DIE SUCHE NACH EINEM EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSMODELL

Am 29. und 30. November 2012 veranstalteten die KAS und das Jean Monnet Center of Excellence der Universität Pavia/Italien einen Erfahrungsaustausch über die Frage, ob die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsames Wirtschafts- und Sozialmodell in Europa dienen kann. Sowohl die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise als auch der Bezug zur Zukunft der gemeinsamen Währung waren der aktuelle Anlass zu dieser grundlegenden Debatte.

Experten aus Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien sowie aus Brüssel diskutierten an zwei Tagen historische und ideengeschichtliche Grundlagen, die verschiedenen Unternehmerbilder, Erfahrungen mit Sozialstaatsreformen in Deutschland und die derzeitige Wahrnehmung des deutschen Modells angesichts von Strukturreformen und Sparmaßnahmen in den Krisenländern.



Die Konferenzteilnehmer, darunter der ehem. Präsident des Europäischen Parlaments (1997–1999), José María Gil-Robles (Bildmitte), trafen sich in Cadenabbia. Sie diskutierten über ein europäisches Wirtschaftsmodell, das in der Lage ist, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, soziale Sicherheit zu gewährleisten und Wohlstand zu fördern.



V.l.: José Siaba Serrate, Wirtschaftler und Mitglied des CARI; Dr. Kristin Wesemann, Leiterin des KAS-Auslandsbüros in Argentinien; Dr. Adalberto Rodríguez Giavarini, Präsident des CARI und ehemaliger Außenminister Argentiniens; Dr. Alfredo Gutiérrez, Universidad Argentina de la Empresa (UADE)

ARGENTINIEN UND DIE G20 NACH DER FINANZKRISE: EINE BILANZ

„ENTWICKLUNG FINDET NUR DORT STATT, WO ZUSAMMENGearbeitet WIRD.“

Es wurde vielfach darüber gestritten, ob die Finanzkrise, die 2008 die Welt erschütterte, vorhersehbar war oder nicht. Von den Folgen waren die meisten Länder betroffen: Finanzmärkte gerieten ins Wanken, Schuldzuweisungen wurden laut, Länderbeziehungen wurden strapaziert. Vor diesem Hintergrund traf sich im Winter 2008 erstmalig in der Geschichte die G20, die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. In den zahlreichen Verhandlungen, die von der Ländergruppe seither geführt wurden, zeigte sich stets, dass verschiedene Interessen aufeinandertreffen. Dies ist wenig verwunderlich, da jedes Land unterschiedlich stark von der Krise betroffen war und in Anbetracht der eigenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation reagieren musste.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zusammen mit den Experten José Siaba Serrate, Mitglied des Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales (CARI), und Alfredo Gutiérrez Girault, Direktor der Wirtschafts- und Finanzstudiengänge der Universidad Argentina de la Empresa (UADE), eine Studie ausgearbeitet, in der die Agenda der G20 in den letzten

fünf Jahren bilanziert wird. Darin wird speziell die Rolle Argentiniens in den internationalen Geflechten deutlich und auch die Änderungen, die das Land vorantreiben könnte. „Argentinien muss seine Aktionen mit anderen aufstrebenden Ländern, vor allem in Lateinamerika, koordinieren“, sagte Girault während seiner Präsentation. Dafür sei die G20 hervorragend geeignet. „Es ist eine unvergleichliche Möglichkeit, sich mit anderen Ländern an einen Tisch zu setzen.“ Dennoch dürfe man keine Wunder erwarten. Dem stimmte auch Serrate zu. „Die G20 ist ein internationales Forum – nicht mehr und nicht weniger.“ Man dürfe sich nicht auf Ergebnisse verlassen, nur weil der politische Wille zur Übereinkunft bestehe.

Die Studie bereitet die Grundlage, um zukünftige Entwicklungen sowohl in der Europäischen Union als auch in der Beziehung zwischen Argentinien und Deutschland zu diskutieren. In seinen Eingangsworten beschrieb der Präsident des CARI, Adalberto Rodríguez Giavarini, die Lage sehr passend: „Entwicklung findet nur dort statt, wo zusammengearbeitet wird.“

WACHSTUM STÄRKEN – KMU FÖRDERN

ANTONIO TAJANI ERMUTIGT TUNESISCHE JUNGUNTERNEHMER

Begleitet von einer rund 40-köpfigen Unternehmerdelegation reiste der Vize-Präsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmer, Antonio Tajani, am 28. November 2012 in einer „Mission für Wachstum“ nach Tunis. Neben zahlreichen Gesprächen mit tunesischen Regierungsvertretern folgte der Kommissar auch der Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Tunis, um im Rahmen einer abendlichen Vortragsveranstaltung gemeinsam mit zahlreichen Jungunternehmern und Mitgliedern des Centre des Jeunes Dirigeants d'Entreprise (CJD), der tunesischen AIESEC-Jugend sowie hoch-

rangigen Vertretern aus Politik und Diplomatie unter dem Motto „Wachstum stärken – KMU fördern“ über die Bedeutung des Mittelstandes für die Wirtschaft Tunesiens zu diskutieren. „Der Traum der tunesischen Jugend müsse in etwas Konkretes verwandelt werden“, so Tajani in seiner Rede. Eine Wachstumspolitik sei eine gute Lösung, um gegen die aktuelle Krise anzugehen. Näher beleuchtet wurde auch das Investitionsklima in Tunesien.



Antonio Tajani spricht zu den tunesischen Jungunternehmern sowie den Gästen aus Politik und Diplomatie.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG ■

Wirtschaftswissenschaftler und Theologen aus Asien, Afrika und Lateinamerika trafen im KAS-Europabüro Brüssel zusammen, um gemeinsam Lösungen für eine stabile Weltwirtschaftsordnung zu erarbeiten, die sich an ethischen Prinzipien der Katholischen Soziallehre orientieren.

KONFERENZ: WIRTSCHAFTSORDNUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

„NICHT NUR NACHBARN IM GLOBALEN DORF, SONDERN GESCHWISTER“

Aus aller Welt kamen Ende November 2012 Wirtschaftswissenschaftler und Theologen nach Brüssel, um über die normativen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft zu diskutieren. Bei der Tagung, die in Kooperation mit Ordo Socialis und der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle veranstaltet wurde, ging es darum, in welcher Weise sich die ethischen Prinzipien der Katholischen Soziallehre auf das Wirtschaftsleben anwenden und sich in verschiedene kulturelle Kontexte übertragen lassen.

Ziel des interdisziplinären Dialogs war es, die Positionen der Vertreter aus Industrie- und Schwellenländern zusammenzuführen und gemeinsam nach Ansatzpunkten für einen globalen Ordnungsrahmen zu suchen.

Die verschiedenen Länderberichte zeigten, dass die Verwirklichung ethischer Maxime abhängig von persönlicher Tugend und einer staatlichen Rechtsordnung sind. Insbesondere auf globaler Ebene mangle es an verbindlichen Übereinkünften, die den freien Handel, den fairen Wettbewerb, den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen und „dienende“ Finanzmärkte im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft garantieren.

Um die fortschreitende Globalisierung menschenwürdig zu gestalten, bedürfe es auf diesen Themenfeldern rasch politischer Antworten. Letztlich auch um dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen zu entsprechen, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise an der Effizienz marktwirtschaftlicher Strukturen zweifeln.

WIRTSCHAFTSWUNDERLAND INDONESIEN

CHANCEN FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

V.l.: Dr. Jan Woischnik, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Indonesien und Ost-Timor; Dr. Anies Baswedan, Rektor Paramadina Universität und Prof. Marcus Marktanner bei der Eröffnung des Graduiertenkollegs zur Sozialen Marktwirtschaft in Bandung im November 2012

Indonesiens Wirtschaft wächst jährlich um sechs Prozent, die kaufreudige Mittelschicht wird stetig größer und auch ausländische Direktinvestoren finden zunehmend Interesse am Inselarchipel. Mit der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte wachsen allerdings auch die sozioökonomischen Herausforderungen. Bereits seit 2009 stellt die KAS daher mit der Sozialen Marktwirtschaft in Postgraduiertenkursen ein nachhaltiges, sozial-gerechtes und wohlstandsorientiertes Wirtschafts- und Sozialmodell vor.

In Zusammenarbeit mit der renommierten Universität Paramadina konnten bislang mehr als 170 Professoren und Dozenten wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten sowie Wirtschaftsjournalisten aus ganz Indonesien an den einwöchigen Veranstaltungen teilnehmen. Komplementär dazu wurde im Juni 2012 ein zehntägiges Inlandsprogramm mit Besuchsterminen in Stuttgart, München und Berlin für fünf ausgewählte Teilnehmer durchgeführt.



Ende November 2012 fanden erneut zwei einwöchige Trainings für insgesamt 40 ausgewählte westindonesische Wissenschaftler und Journalisten statt. Unter professioneller Anleitung von Professor Marcus Marktanner von der Kennesaw State University (USA) haben die Teilnehmer die Entstehungsgeschichte sowie Charakteristika der Sozialen Marktwirtschaft kennengelernt. Einigkeit bestand abschließend darin, dass dieses Wirtschafts- und Sozialmodell bei der Bewältigung aktueller gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Herausforderungen in Indonesien behilflich sein kann, sofern landesspezifische Eigenheiten berücksichtigt würden.

Ausgewählte Veranstaltungen

(Die Zahlen im Quadrat bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, D eine Veranstaltung in Deutschland)

■ **KAS-PANORAMA**



LATEINAMERIKA

4 Ausbildung jugendlicher Wahlbeobachter

mit dem Partner Iustitia et Pax Panama, Februar – November 2013

4 Assoziierungsabkommen Zentralamerika – Europäische Union: Handel und Umwelt

gemeinsam mit ICAES Online-Kurs San José, April – Juni 2013

2 Herausforderungen für das Justizwesen in Guatemala

in Kooperation mit dem Verfassungsgericht Guatemala Quetzaltenango/Guatemala, 6. April 2013

13 4. Akademie für politische Kommunikation

in Kooperation mit INCEP Seminar für Kommunikationsbeauftragte von Parteien Guatemala-Stadt, 15. – 19. April 2013

6 Verfassungsreformen in Honduras

Seminar Tegucigalpa, San Pedro Sula 22. – 24. April 2013

6 Nachhaltiges Wirtschaften: Der sozial- und umweltverträgliche Abbau von Bodenschätzen und Ausbau der Infrastruktur

Seminar Foz do Iguazu, Brasilien Juni 2013

EUROPA UND NORDAMERIKA

30 Schule europäischer Politik

Seminar in Kooperation mit der Jugendorganisation Junge Volksruch Kiew, 5. – 7. April 2013

34 Kroatien und die EU

Konferenz in Kooperation mit CES Dubrovnik, 11. April 2013

19 Die europäischen Nachbarn kennen: Die 1980er Jahre in Deutschland und Italien

Vorlesungsreihe Rom, 16. April und 7. Mai 2013

D Deutsch-Syrischer Kulturdialog

Lesung und Diskussion mit Fawwaz Haddad, Heinrich Kreft, Carsten Wieland Berlin, 23. April 2013

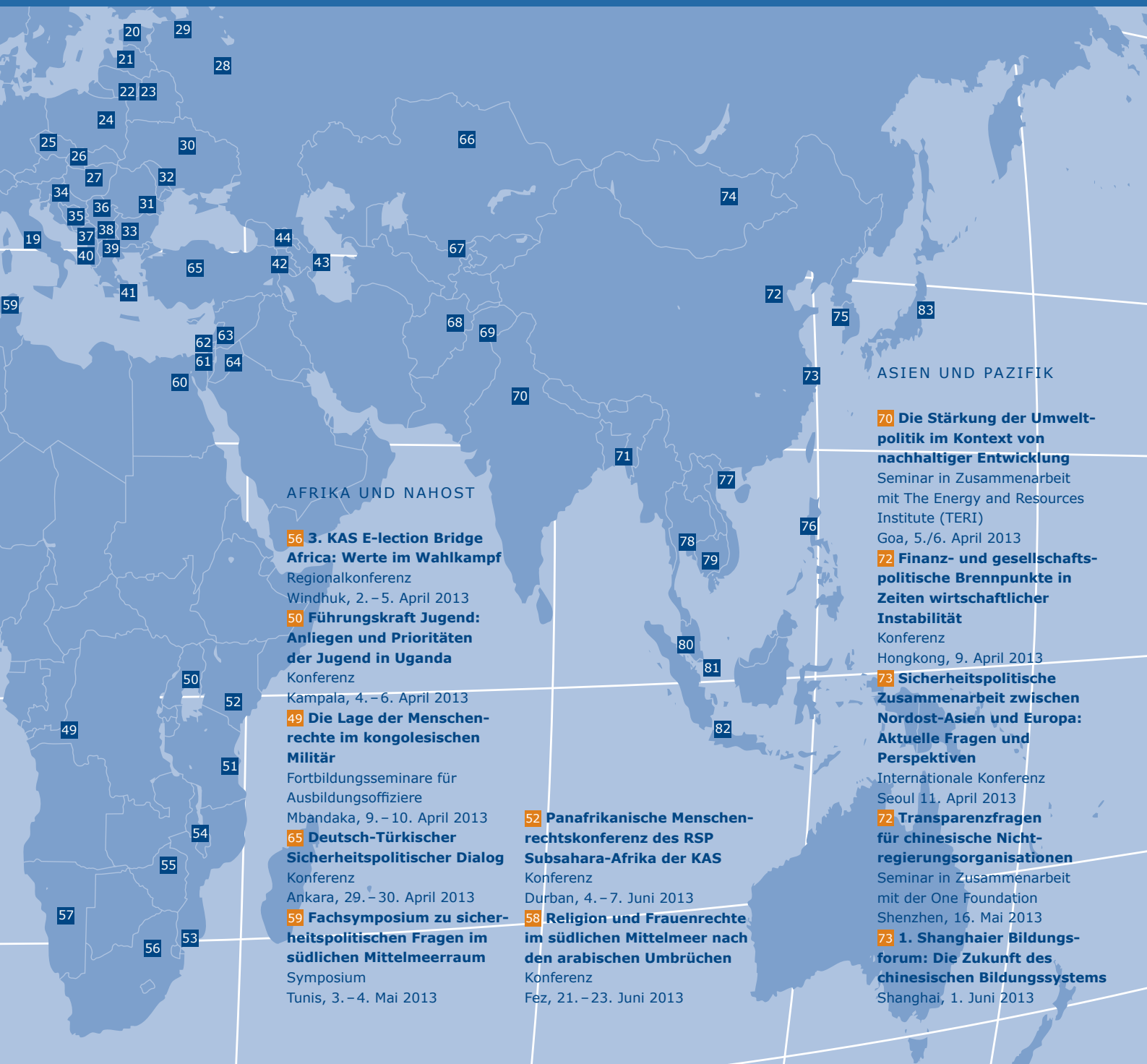
30 Ethik des Journalismus

Veranstaltung in Kooperation mit der Akademie der ukrainischen Presse Lwiw, 24. – 25. April 2013

18 European Roundtable 2013: Rebuilding Europe

Konferenz Granada, 28. – 30. April 2013

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** 1 Mexiko, Mexiko-Stadt 2 Guatemala, Guatemala 7 Ecuador, Quito 8 Peru, Lima 9 Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigene Völker) 12 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie) 13 Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigene Völker) 18 Spanien, Madrid 19 Italien, Rom 20 Estland, Tallinn 21 Lettland, Riga 22 Litauen, Vilnius 23 Weißrussland, Bürositz: Vilnius 24 Polen, Warschau 30 Ukraine, Kiew 31 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 32 Republik Moldau, Chişinău 33 Bulgarien, Sofia 38 Kosovo, Pristina 39 Republik Mazedonien, Skopje 40 Albanien, Tirana 41 Griechenland, Athen 42 Armenien, Eriwan 43 Aserbaidschan, Baku 44 Georgien, Tiflis 48 Nigeria, Abuja 49 DR Kongo, Kinshasa 50 Uganda, Kampala 51 Tansania, Dar es Salaam 52 Kenia, Nairobi 59 Tunesien, Tunis 64 Jordanien, Amman 65 Türkei, Ankara | **ASIEN UND PAZIFIK** 66 Kasachstan, Astana 67 Usbekistan, Taschkent 71 Bangladesch, Dhaka 72 73 VR China, Peking und Shanghai 74 Mongolei, Ulan Bator 75 Republik Korea, Seoul 76 Philippinen, Manila 77 Vietnam, Hanoi 82 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta 83 Japan, Tokio (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien)



12 Mexiko, Mexiko-Stadt (Regionalprogramm Medien) | **EUROPA UND NORDAMERIKA** 14 USA, Washington 15 Großbritannien, London 16 Belgien, Brüssel (Europabüro) 17 Frankreich, Paris 18 Deutschland, Berlin 19 Tschechische Republik, Prag 20 Schweden, Stockholm 21 Dänemark, Kopenhagen 22 Slowakei, Bratislava 23 Ungarn, Budapest 24 Österreich, Wien 25 Tschechische Republik, Prag 26 Slowakische Republik, Bratislava 27 Ungarn, Budapest 28 29 Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg 30 Polen, Warschau 31 Kroatien, Zagreb 32 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo 33 Serbien, Belgrad 34 Kroatien, Zagreb 35 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo 36 Serbien, Belgrad 37 Montenegro, Podgorica 38 Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) | **SUBSAHARA-AFRIKA** 45 Senegal, Dakar 46 Ghana, Accra 47 Benin, Cotonou 48 Nigeria, Abuja (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) 49 DRC, Kinshasa (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) 50 Uganda, Kampala (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) 51 DRC, Kinshasa (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) 52 Mosambik, Maputo 53 Mosambik, Maputo 54 Malawi, Lilongwe 55 Simbabwe, Harare 56 Republik Tunesien, Tunis 60 Ägypten, Kairo 61 Israel, Jerusalem 62 Palästinensische Gebiete, Ramallah 63 Libanon, Beirut (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Zentralasien) 64 Libanon, Beirut (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Zentralasien) 68 Afghanistan, Kabul 69 Pakistan, Islamabad 70 Indien, Neu Delhi (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) 71 Thailand, Bangkok 72 Thailand, Bangkok 73 Thailand, Bangkok 74 Indonesien, Jakarta 75 Indonesien, Jakarta 76 Indonesien, Jakarta 77 Indonesien, Jakarta 78 Thailand, Bangkok 79 Kambodscha, Phnom Penh 80 Malaysia, Kuala Lumpur 81 Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaatsprogramm)

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den zentralen Zielen der internationalen Stiftungsarbeit.

RECHTSSTAAT

FEIERLICHE BÜROERÖFFNUNG

NEUES RECHTSSTAATSPROGRAMM NAHER OSTEN/NORDAFRIKA IN BEIRUT

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, hat das Regionale Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika und das Auslandsbüro Libanon der KAS in Beirut feierlich eröffnet. Während des Forums „Eine rechtsstaatliche Ordnung als Voraussetzung für Demokratie und Entwicklung im Nahen Osten“ stellte Pöttering das neue Regionalprogramm vor. Prof. Dr. Ibrahim Najjar, früherer libanesischer Justizminister, hielt ein Plädoyer für die Unabhängigkeit der Gerichte und die dazu notwendigen Reformen im Libanon.

Unter den 150 geladenen Gästen waren zahlreiche Parlamentarier, Botschafter und hochrangige Justizvertreter. Pöttering ermunterte die Juristen und

Politiker des Libanon, aber auch diejenigen der Region Naher Osten/Nordafrika, anstehende Reformen beherzt anzugehen und bot die tatkräftige Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung an.

Während seines Aufenthaltes im Libanon führte Pöttering auch politische Gespräche mit dem Präsidenten des Landes, General Michel Sleiman, dem Sprecher des Parlaments, Nabir Berri, sowie zahlreichen Regierungs- und Oppositionspolitikern. Darüber hinaus traf er mit dem Patriarchen der maronitischen Kirche, Kardinal Bechara Rai, zusammen. Im Zentrum der Gespräche standen dabei die Überwindung der politischen Krise im Libanon sowie die schwierige Situation des kleinen Landes, verschärft auch durch die Aufnahme mehrerer hunderttausend syrischer Flüchtlinge.

V.l.: Peter Rimmele, Leiter des regionalen Rechtsstaatsprogramms Naher Osten/Nordafrika und des KAS-Auslandsbüros im Libanon, Dr. Gerhard Wahlers, stv. Generalsekretär der KAS, der Vorsitzende der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, und der Präsident des Libanon, General Michel Sleiman



+ + + KURZMELDUNG + + +

Klientelismus in Politik und Verwaltung

Anlässlich der vom KAS-Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa und der rumänischen NGO „Expert Forum“ organisierten Konferenz zum Thema „Klientelismus in Politik und Verwaltung“ wurde am 5. Dezember 2012 in Brüssel eine vergleichende Studie vorgestellt, die sich der Problematik von Interessenkonflikten in Rumänien, Kroatien und der Republik Moldau widmet. Experten aus Politik und Zivilgesellschaft kamen zusammen, um beste Praktiken bei der Umsetzung öffentlicher Politiken zu diskutieren, die der Verhinderung von Interessenkonflikten zwischen der gleichzeitigen Ausübung politischer Ämter und unternehmerischen Tätigkeiten bzw. der Verhinderung einer rechtswidrigen gleichzeitigen Ausübung mehrerer öffentlicher Ämter dienen.

V. KOLUMBIANISCH-VENEZOLANISCHE TAGUNG ZUM VERFASSUNGSRECHT

Im Rahmen der V. Kolumbianisch-Venezolanischen Tagung zum Verfassungsrecht, die das Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika und das Länderprojekt Venezuela mit der Katholischen Universität Andrés Bello durchführten, wurden aktuelle Entwicklungen des venezolanischen Verfassungslebens kritisch beleuchtet. Gemeinsam mit den kolumbianischen Gästen von der Universität Externado debattierten die Gastgeber über die verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Implikationen des venezolanischen Sonderwegs, etwa die Anfechtungen einer unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit, die Behauptung individueller Freiheitsrechte bei der Verwirklichung sozialpolitischer Ziele und die Konsequenzen der Aufkündigung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention durch Venezuela.

„Ein Trauerzeugnis für die Demokratie in Lateinamerika!“ Georg Eickhoff (am Rednerpult), KAS-Repräsentant in Venezuela, findet deutliche Worte für die kürzlich an Kuba übertragene Präsidentschaft des regionalen CELAC-Bündnisses.



Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR) im Dialog auf dem Lateinamerikanischen Verfassungsrichtertreffen 2012 in Chile



RECHTSSTAAT ■

V.l.: Jorge Tomás Larrieux, Richter am Obersten Gericht Uruguays; Asdrúbal Aguiar, Universidad Católica Andrés Bello, Venezuela; Marisol Peña Torres, Richterin am VerfG Chile; Néstor Pedro Sagúés, Verfassungsrechtler aus Argentinien; Diego García Sayán, Präsident des IAGMR; Prof. Matthias Herdegen, Universität Bonn; Claudio Nash, Universidad de Chile

XIX. LATEINAMERIKANISCHES VERFASSUNGSRICHTERTREFFEN

Die Herausforderungen globalisierter Rechts- und Politikkonstellationen betreffen zunehmend auch Lateinamerika. Dies war das übergreifende Thema des nunmehr XIX. Lateinamerikanischen Verfassungsrichtertreffens, das im November 2012 in Kooperation mit dem chilenischen Verfassungsgericht in Viña del Mar stattfand. Zum Auftakt schilderte der Bundesverfassungsrichter Peter Müller den anwesenden Gerichtspräsidenten und Richtern die Rolle des Bundesverfassungsgerichts auf der Weltbühne der internationalen Finanzwirtschaft bei seinen Entscheidungen zur Eurokrise. Weitere aktuelle Themen, die die lateinamerikanische Verfassungsgerichtsbarkeit beschäfti-

gen, waren sozioökonomische Rechte als Bedingung für einen nachhaltigen demokratischen Rechtsstaat. In diesem Zusammenhang wurde das Dilemma der Richter deutlich, das Spannungsverhältnis zwischen dem Verfassungsanspruch und den Defiziten bei der Gewährleistung von Menschenrechten und sozialen Mindeststandards justiziell aufzuarbeiten. Eine zentrale Rolle spielte der Rechtsprechungsdialog zwischen dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und der nationalen Gerichtsbarkeit. Zaghafte Fortschritte sind in dem Bemühen einiger Staaten zu verzeichnen, die Zusammensetzung staatlicher Institutionen der ethnisch pluralen Realität des Kontinents anzupassen.

KONSTITUTIONALISMUS IN SÜDOSTASIEN



Die Teilnehmer der Diskussionsrunde zu Verfassung und Grundrechtsschutz in der ASEAN

Die thailändische Verwaltungsgerichtsbarkeit hat sich den Ruf einer gewissen Politikferne und Unabhängigkeit erarbeitet. Ihre Repräsentanten kritisieren immer wieder die unzureichende Umsetzung des in der Verfassung umfangreich garantierten Grundrechtsschutzes. Ein eintägiger Workshop Ende November in

Bangkok stellte Richtern und Mitarbeitern verschiedene Verfassungsmodelle aus der Region sowie das deutsche Grundgesetz vor, um ein größeres Bewusstsein für die Möglichkeiten, aber auch Schwierigkeiten effektiven Grundrechtsschutzes durch Verfassungsrecht zu schaffen. Das geschah mit Blick auf eine Regionalisierung der Betrachtungsweise in Thailand, aber auch in Hinblick auf die mögliche Vorbildfunktion Thailands angesichts des von der Verfassung sehr weitgehend gewährten Schutzes von Rechten und Freiheiten der Bürger in die Region hinein. Die Diskussion widmete sich auch aktuellen Fragen einer möglichen Verfassung für ASEAN und ihrer Realisierung.



Kinder der Black Hmong-Minderheit auf dem Schulweg, Sapa/Vietnam

RECHTSHILFE FÜR ETHNISCHE MINDERHEITEN IN VIETNAM

Vom 12. bis zum 14. November 2012 organisierte das KAS-Auslandsbüro Hanoi mit der vietnamesischen Juristenvereinigung im Norden des Landes ein Seminar zu den Grundprinzipien der Rechtsverbreitung und des Rechtsunterrichts in Vietnam. Insbesondere ethnische Minderheiten haben in den nördlichen Gebieten Vietnams nach wie vor nur sehr bedingt Zugriff auf Rechtshilfe.

Die Regierung ist sich dieser Problematik bewusst; im Juni 2012 verabschiedete das vietnamesische Parlament einen Gesetzestext zur Stärkung der Rechtsverbreitung und Rechtsbildung auch auf lokaler Ebene.

FORUM „JOURNALIST – EINE OBSOLETE BERUFSBEZEICHNUNG?“

Weltweit stecken Printmedien aufgrund des Vormarsches des Internets und der freieren Verfügbarkeit von Informationen in der Krise. Weshalb in Zukunft dennoch gut ausgebildete und professionelle Journalisten gebraucht werden und wie sich das Berufsbild des Journalisten verändern wird, diskutierten am 19. und 20. November die Teilnehmer des Forums „Journalist – eine obsoletere Berufsbezeichnung?“, zu dem das Medienprogramm Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung geladen hatte. Insgesamt nahmen 15 Medienexperten aus ganz Lateinamerika an der Veranstaltung teil.



KAS-WORKSHOP IN MYANMAR ZU TAGESAKTUELLEM JOURNALISMUS

Mit einem Workshop über die Anforderungen an tagesaktuellen Journalismus hat das KAS-Medienprogramm Asien im Februar auf medienpolitische Entwicklungen in Myanmar reagiert. Seit Februar können private Unternehmen in Myanmar eine Lizenz beantragen, die es ihnen erlaubt, Tageszeitungen zu verlegen. Bisher durften kommerzielle Verlage nur Wochen- oder Monatszeitungen herausgeben. Mit ihrem Beschluss hat die myanmarische Regierung einen bedeutenden Schritt zur Liberalisierung des Pressemarktes getan. Erstmals besteht die Chance für ein Mindestmaß an publizistischer Vielfalt.

Die Herausforderungen, die eine tägliche Erscheinungsweise von Publikationen für Journalisten mit sich bringen, thematisierte die KAS im Rahmen ihres dreitägigen Workshops in Yangon. Partner waren die „Myanmar Journalists Union“ und das Medienunternehmen „Eleven Media“. Seit 2012 ist der Zeitungsverlag Mitglied im „Asia News Network“ (ANN). Für den langjährigen KAS-Partner nahm Pana Janviraj, Präsident und COO der thailändischen Tageszeitung „The Nation“, teil.



Eröffnung des Forums „Berufsbezeichnung Journalist – Obsolet?“ durch den Leiter des Medienprogramms Lateinamerika, Peter-Alberto Behrens (links in Bild)

Der Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Donsbach unterstrich die Notwendigkeit gut ausgebildeter Journalisten für eine qualitativ hochwertige Presseberichterstattung. Der Journalist Gastón Roitberg von der argentinischen Tageszeitung „La Nación“ betonte, neben technischen und inhaltlichen Kenntnissen sei für einen Journalisten die „Leidenschaft für den Beruf“ eine der wichtigsten Voraussetzungen.

Die Veranstaltungsteilnehmer stimmten überein, dass bei der Journalisten-Ausbildung der Trend zur zunehmenden Digitalisierung der Medien verstärkt berücksichtigt werden müsse. Auch sei es wichtig, Medieneigentümer künftig stärker an der Ausbildung von journalistischem Nachwuchs zu beteiligen, um Theorie und Praxis besser miteinander zu verbinden.

JOURNALISTEN-NACHWUCHS ZU GAST BEI DER KAS IN RAMALLAH

Am 9. Januar 2013 besuchte eine Gruppe der Hamburger Henri-Nannen-Schule das KAS-Auslandbüro in Ramallah. Bei dieser Gelegenheit sprachen die 20 angehenden Journalisten u. a. mit dem dortigen Büroleiter, Dr. Hans Maria Heÿn, Vertretern der United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA), der Negotiations Support Unit (NSU) sowie palästinensischen Journalisten.



Dr. Hans Maria Heÿn stellte sich den Fragen zur aktuellen politischen Lage in den palästinensischen Gebieten.

Dave Hutton, stv. Direktor von UNRWA, gab den Gästen aus Deutschland einen Überblick über die Hauptarbeitsfelder seiner Organisation. Im Zentrum stehen u. a. die Bereitstellung einer ausreichenden medizinischen Versorgung sowie der Aufbau akademischer Ausbildungsstrukturen in den palästinensischen Gebieten. Xavier Abu Eid von der Negotiations Support Unit sensibilisierte die Journalisten für die politische Situation in den palästinensischen Gebieten.



Die afrikanische Medienlandschaft in ihrer ganzen Vielfalt – das African Media Leaders Forum 2012 in Dakar

AFRICAN MEDIA LEADERS FORUM 2012 IN DAKAR

DIALOG ZWISCHEN MEDIEN UND POLITIK VORANGEBRACHT

Der Bedarf für afrikanische Medien-Netzwerke wächst ungebrochen. Bei seiner fünften Auflage hat das African Media Leaders Forum im November 2012 mit über 400 Teilnehmern aus knapp 50 Ländern eine neue Rekordbeteiligung erreicht.

Die von der African Media Initiative (AMI) mit Unterstützung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung ausgerichtete Konferenz fand in Senegals Hauptstadt Dakar statt. Ihre wachsende Bedeutung als wichtiger Medienmarktplatz des Kontinents wurde vor allem durch das politische Interesse deutlich: Neben zahlreichen Medien- und Kommunikationsministern aus verschiedenen afrikanischen Ländern nahm auch der senegalesische Staatspräsident Macky Sall teil,

um den Dialog mit den anwesenden Journalisten und Medieneignern zu suchen.

Das Medienprogramm Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung nutzte das Forum, um mit den Teilnehmern in einen intensiven Austausch über die Mediengesetzgebung in Afrika zu treten, die in vielen Ländern teilweise noch aus Kolonialzeiten stammt.

„Mehr Freiraum für die Arbeit von Journalisten in Afrika“ hatte bereits auf dem Eröffnungspanel der scheidende Leiter des Medienprogramms, Markus Brauckmann, gefordert. Gleichzeitig nutzte er die Veranstaltung, um die Leitung des Programms an seinen Nachfolger Christian Echle zu übergeben.

BULGARIENS PRINTMEDIEN POLARISIEREN

Jahresreport 2012 der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Mediendemokratie

Die politische Berichterstattung der bulgarischen Zeitungen ist stark polarisiert. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung und der bulgarischen Stiftung Mediendemokratie 2012, die am 17. Januar auf einer Pressekonferenz in Sofia präsentiert wurde. Von vielen Zeitungen werden die Spitzenpolitiker um Ministerpräsident Bojko Borissow überaus positiv dargestellt, von einzelnen Medien dagegen sehr negativ. Es gibt wenig differenzierte Positionen in der Mitte, ergab die Langzeit-Untersuchung aller wichtigen Printmedien in Bulgarien. Die politischen Parteien genießen im Allgemeinen weniger Zuspruch als ihr Spitzenpersonal. „Gerade im Wahljahr ist es im Interesse der Parteien, eine aktive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um der Bevölkerung ihre Ziele zu erklären“, sagte der Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, Christian Spahr.



Der wissenschaftliche Leiter der Studie, Orlin Spassov, sowie der Leiter des Medienprogramms Südosteuropa der KAS, Christian Spahr

BÜRGERBETEILIGUNG IM INTERNETZEITALTER

Am 6. Dezember führte die KAS in Costa Rica in Zusammenarbeit mit der Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO) die öffentliche Diskussionsrunde „Digitale Soziale Netzwerke und Bürgerbeteiligung“ durch. Ziel des Forums war es, die Vor- und Nachteile der digitalen sozialen Netzwerke als Mittel für die Bürgerbeteiligung zu erkennen.



Politiker, Experten und Internetaktivisten diskutierten den Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und sozialen Netzwerken.

An der Veranstaltung nahmen hochrangige Experten teil, u. a. Roberto Gallardo, Minister für Planung und Wirtschaftspolitik in Costa Rica, sowie Cristian Cambrotero, Direktor der renommierten Agentur BigWebNoise. Die kontrovers geführte Debatte deutet auf Aktualität und Besorgnis der Bevölkerung hinsichtlich dieses Themas hin.



Die Teilnehmer des vierten Kurses Anfang Dezember im Innenhof des Maison de L'Elu in Marrakesch

DEZENTRALISIERUNG – TRUMPFKARTE FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG

Seit dem Plebiszit über die neue Verfassung vom Juli 2011 sind „Dezentralisierung“ und „Regionalisierung“ Schlüsselworte für die Weiterentwicklung der politischen Strukturen in Marokko. Seitdem erhalten die Kommunen sukzessive mehr finanzielle und exekutive Befugnisse, die es ihnen ermöglichen, relativ unabhängig zu agieren.

Um diesen Dezentralisierungsprozess zu unterstützen, hat das marokkanische Innenministerium in Marrakesch ein „Maison de L'Elu“ als Pilotprojekt errichtet. Weitere Einrichtungen dieser Art wurden inzwischen in anderen Kommunen eröffnet. Mit dem „Maison de L'Elu de Marrakech“ hat die KAS im Dezember und Januar sechs Schulungen zur kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland organisiert, an denen 200 neu gewählte „Bürgermeister“ und „Landräte“ aus der Region teilge-

nommen haben. Der Kölner Jurist und Politologe Dr. Kampfer hat die Schulungen konzipiert, geleitet und die jeweiligen aktuellen Fragen integriert.

Im Verlauf intensiver Diskussionen haben die Teilnehmer viele Parallelen gezogen und eigene, neue Lösungsvorschläge für ihre Probleme und für eine Verbesserung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Situation ihrer Region vorgeschlagen. Hierzu gehören vor allem die Themen Bürgerbeteiligung in der kommunalen Selbstverwaltung, Audit, Finanzkontrolle und Transparenz, Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Diese Themen sollen 2013 auch in Form neuer Aufbaukurse behandelt werden. Zudem wird erwogen, diese Kurse auch für die neuen Maison de L'Elu in anderen Regionen Marokkos anzubieten.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Symposium über die Bedeutung des Föderalismus in Südafrika

Nach dem Ende der Apartheid bedurfte die südafrikanische Verwaltungsgliederung einer umfassenden Umstrukturierung. Die ursprünglichen vier südafrikanischen Verwaltungsbezirke wurden 1994 unter Eingliederung der ehemaligen schwarzen Homelands zu neun Provinzen zusammengefügt. Noch immer wird im Land über die Legitimität dieser administrativen Einheiten gestritten. Ein Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung am 18. Februar in Kapstadt unterstrich die Bedeutung des Föderalismus für den Erhalt der Demokratie in Südafrika. Zugleich bildete die Veranstaltung den Auftakt zukünftiger Kooperationen zwischen der KAS und dem Parliamentary Institute of South Africa (PISA).

AUSZEICHNUNG FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN DER GOLFREGION

KAS-PARTNER TAWASUL VERLEIHT 4. CIVIL SOCIETY LEADERS AWARDS

In Anwesenheit von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fand Anfang Dezember die Verleihung der 4. Civil Society Leaders Awards statt, die vom unabhängigen omanischen Think-Tank Tawasul in Kooperation mit dem KAS-Regionalprogramm Golf-Staaten organisiert wurde. Der Preis war in allen sechs Ländern des Golfkooperationsrates (GCC) ausgeschrieben worden.

Onlinestimmen von interessierten Bürgern entschieden zu 40 Prozent über die Ergebnisse. Das Urteil einer internationalen Kommission zählte 60 Prozent. Den Preis für die beste zivilgesellschaftliche Organisation teilten sich eine Initiative zur Unterstützung von Menschen in finanziellen Notsituationen und eine Organisation, die sich für ein wachsendes Bewusstsein und Interesse in der omanischen Gesellschaft für Umweltprobleme einsetzt. Unter den Gewinnern war unter anderem auch die Kampagne „Clean Oman“, die das Ziel verfolgt, die omanische Bevölkerung durch soziale Netzwerke für ökologische Themen zu sensibilisieren. Des Weiteren wurden Anerkennungspreise an eine bahrainische Frauenorganisation und an eine kuwaitische Initiative für Menschenrechte „Group 29“ vergeben.



Vertreter der Initiative „Dar Al Atta“ und der Organisation „Environment Society of Oman“ nehmen den Preis der „Besten zivilgesellschaftlichen Organisation“ entgegen.

ERFOLGREICHE VORSTELLUNG DES DEMOKRATIEINDEX' 2012

In Zusammenarbeit mit der Academia de Centroamérica fand am 21. November 2012 die Vorstellung des Demokratieindex Lateinamerikas 2012 statt. Der Demokratieindex wurde in der Universidad de Costa Rica in San José für die Öffentlichkeit von dem ehemaligen PUSC-Abgeordneten Constantino Urcuyo vorgestellt. Dieser hob hervor, dass Costa Rica zwar viel erreicht habe, es jedoch noch weiterhin große Probleme in den Bereichen Sicherheit, Arbeitslosigkeit und Armut gebe. Die gute Platzierung des Landes im Demokratie-Index war für viele Costa Ricaner aufgrund der aktuellen Herausforderungen überraschend. Die größten Fernsehsender und Zeitungen des Landes berichteten von der Veranstaltung.



Die Bestplatzierung Costa Ricas in dem Demokratie-Index sorgte für große Aufmerksamkeit.

JUGEND FÜR FRIEDEN IN MYANMAR

Mehr als 70 Mitglieder von Jugendorganisationen aus verschiedenen Landesteilen sprachen während eines Jugendforums vom 25. bis 28. Januar 2012 in Yangon über die Rolle der Jugend und der Jugendorganisationen zur Förderung von Versöhnung und einer Beilegung der bewaffneten Konflikte. Manche der Jugendlichen kamen in einer mehrtägigen Anreise aus den Konfliktgebieten. Die Stärkung von Solidarität und Toleranz durch den Aufbau pan-ethnischer Netzwerke zwischen Jugendorganisationen soll den Versöhnungs- und Friedensprozess fördern. Die Jugendlichen haben während des Forums Empfehlungen für eine staatliche Friedenspolitik erarbeitet, die sie Regierungsstellen und Parlamentariern vorstellen.



Min Ko Naing (Foto), einer der maßgeblichen Führer der Studentenbewegung von 1988, verbrachte insgesamt fast 20 Jahre als politischer Gefangener in Haft. Während des Forums rief er die Vertreter der Jugendorganisationen dazu auf, sich aktiv für Versöhnung innerhalb der gespaltenen Gesellschaft Myanmars einzusetzen.

NATIONALE MENSCHENRECHTSKOMMISSION MYANMARS IN BERLIN

Win Mra, Vorsitzender der Menschenrechtskommission Myanmars, erläuterte am 20. Februar 2013 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin die Situation der Menschenrechte und die Arbeit der Kommission. Er sieht sein Land zwei Jahre nach Ende der Militärherrschaft auf einem guten Weg, wenn auch noch lange nicht am Ziel.

Man sei stolz darauf, so Win Mra, dass es gelungen sei, die Bevölkerung für die Wichtigkeit des Themas zu sensibilisieren. Im Jahr 2012 hätten knapp dreitausend Hinweise auf Missstände, darunter zahlreiche Beschwerden über die Regierungsarbeit, die Kommission erreicht. „Die Menschen sind interessiert an dem, was wir machen“, so seine Bilanz. Offenbar genießt die Kommission Vertrauen.



Die Menschenrechtsdelegation Myanmars mit dem Vorsitzenden Win Mra zu Gast in Berlin

Zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben zählt Win Mra, darauf hinzuwirken, dass nach den 29.000 Gefangenen im Jahr 2012 weitere Inhaftierte freigelassen werden und der ungehinderte Zugang für Hilfsorganisationen in die Krisengebiete möglich wird. Darüber hinaus arbeite man daran, die Regierung davon zu überzeugen, dass die Verwirklichung von Menschenrechten mit Reformen im Wirtschafts- und Sozialbereich einhergehen müsse.

NACHHALTIGE LOKALE ENTWICKLUNG – FORUM AM ATITLAN-SEE

Mitte Dezember 2012, in der besonders arbeitsreichen Zeit der Kaffee-Ernte, veranstaltete der Kooperativen-Verband FEDEPMA in Guatemala zusammen mit der KAS ein Forum zur nachhaltigen lokalen Entwicklung für Lokalpolitiker, Mitglieder der Entwicklungsräte sowie die Kooperativen und interessierten Bürger. Der Verband unterstützt nicht nur die Mitgliedskooperativen bei der Produktion und Vermarktung von Kaffee, Honig, Textilien und Soja-Produkten, sondern bietet den Mitgliedern und Bürgern der beteiligten Gemeinden ein Bildungsprogramm zu politischer Beteiligung auf lokaler und nationaler Ebene an. Im vergangenen Jahr erarbeitete FEDEPMA mit jungen



Für nachhaltige lokale Entwicklung: Team FEDEPMA

Erwachsenen Vorschläge zur Jugendpolitik der Gemeinden, die mit Lokalpolitikern diskutiert wurden. Mit dem Forum konnte FEDEPMA auf ein erfolgreiches Jahr und auf zwölf Jahre Engagement für die lokale Entwicklung zurückblicken.

■ UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

UMWELTRECHTSGESETZGEBUNG IN EUROPA UND ASIEN

Umweltschutz und damit zusammenhängende rechtliche Fragestellungen spielen zunehmend eine wichtige Rolle in der Politik. Nicht nur der Klimawandel und seine Folgen, sondern auch die Auswirkungen der dynamischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung auf die natürlichen Lebensgrundlagen in Asien haben das Bewusstsein für Umweltfragen in der Bevölkerung deutlich erhöht. Dies geht einher mit teilweise sehr umfangreicher und kritischer Umweltberichterstattung in den Medien und entsprechenden gesetzgeberischen Aktivitäten von Seiten des Staates.

Auf einer Konferenz im Dezember 2012 in Hongkong kamen Juristen aus verschiedenen Ländern zusammen, um über umweltrechtsrelevante Entwicklungen

in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich zu berichten und so ein besseres Verständnis für – unterschiedliche oder gemeinsame – Entwicklungstendenzen, Herausforderungen und Problemlösungsansätze zu bekommen. Insbesondere sollte verdeutlicht werden, welche Rolle rechtliche Instrumente spielen können und müssen, um staatliche Umweltschutzmaßnahmen wirksam umzusetzen. Gleichzeitig bot die Konferenz Gelegenheit, mehr als 20 asiatische Altstipendiaten der Stiftung aus dem Fachbereich Rechtswissenschaften zum zweiten Mal nach 2010 zusammenzubringen.



Die juristischen Altstipendiaten der KAS aus Kambodscha, China, Japan, Korea und Vietnam

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN DER MEKONG-REGION



Marc Spitzkat, Leiter des Rechtsstaatsprogramms Asien, diskutiert mit Juristen und Umweltexperten über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Nutzung von Flusssystemen.

Umweltschutz erfordert grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Dies gilt auch für die Mekong-Region in Südostasien. Das Ökosystem des Mekong-Flusses, dessen Quellen im Himalaya liegen und der in Vietnam in das Südchinesische Meer mündet, ist für die Anrainerstaaten und ihre Bevölkerung von besonderer Bedeutung. Seit Langem gibt es daher eine formalisierte Zusammenarbeit zwischen Laos, Kambodscha, Thailand und Vietnam, deren Kern mittlerweile der Mekong River Treaty darstellt. Einfluss haben aber auch die Umweltpolitik von

ASEAN und das Engagement südostasiatischer Staaten bei globalen Umweltschutzabkommen. In zwei Konferenzen in Vietnam und Kambodscha war bereits die Diskussion zwischen Experten und Akteuren über Kooperation in der Region in Fragen des Umweltschutzes und deren rechtliche Aspekte angeregt worden. Die Veranstaltung in Thailand vervollständigte nun die Reihe von Rechtsgesprächen zu Umweltrechtsfragen in der Mekong-Region. Im Rahmen der KAS-Gespräche zum Umweltrecht trafen sich Experten verschiedener Länder vom 8. bis 10. November 2012 in Bangkok, um transnationale Kooperationen im Bereich des Umweltschutzes in der Mekong-Region zu diskutieren.



Fatima Berardinelli, Geschäftsführerin des Centro Brasileiro de Relações Internacionais (CEBRI), und Felix Dane, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Brasilien

BRASILIEN UND DIE NACHHALTIGKEITSAGENDA

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR DEN STAAT, DEN PRIVATEN SEKTOR UND DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Am 19. Dezember 2012 richtete das Brasilianische Zentrum für Internationale Beziehungen (CEBRI) in Zusammenarbeit mit der KAS in Rio de Janeiro ein Seminar zum Thema „Brasilien und die Nachhaltigkeitsagenda“ aus. Ziel war es, über die Rolle Brasiliens im Bereich der Umweltpolitik und Nachhaltigkeit zu diskutieren. Für Brasilien als ressourcenreiches Land ist diese Debatte von wachsender Bedeutung.



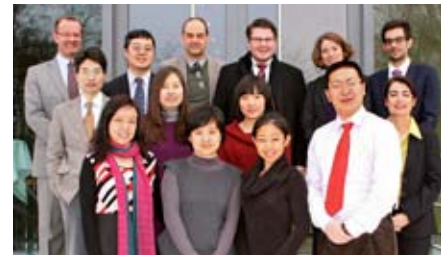
Organisiert wurde die Expertendiskussion von der Außenhandelskammer San Francisco und der Konrad-Adenauer-Stiftung. V.l.: Rene van den Hoevel (AHK), Prof. Dr. Dr. Rudolph Dolzer und Dr. Lars Hänsel, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Washington

USA: DISKUSSION ÜBER DEUTSCHE ENERGIEWENDE

In den USA hat die Diskussion um die Folgen des Klimawandels und geeignete politische Antworten etwa im Bereich der Energiepolitik neue Impulse erhalten. Dazu haben nicht zuletzt Naturkatastrophen wie jüngst der Wirbelsturm „Sandy“ beigetragen. Zwar gibt es nach wie vor eine verbreitete Skepsis. Gleichzeitig wächst jedoch das Interesse an zukunftsweisenden Technologien zur Gewinnung von Energie. Vor diesem Hintergrund organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit der Außenhandelskammer am 31. Januar 2013 in San Francisco eine Veranstaltung für Experten aus dem Bereich Energie, auf der vor allem die deutsche Energiewende und Erfahrungen beim Umbau der Energieversorgung in den Vordergrund gestellt wurden. Aus deutscher Sicht referierte Prof. Dr. Dr. Rudolph Dolzer, der sich seit einigen Jahren intensiv mit Energiepolitik und globalen Entwicklungen auf dem Energiemarkt auseinandersetzt, über die Vorgeschichte und den politischen Kontext der Entscheidung zur Energiewende. Er legte zudem die zukünftigen Herausforderungen und Chancen dieser Entscheidung dar.

STUDIENREISE CHINESISCHER KLIMA- UND UMWELTEXPERTEN

Ohne die Volksrepublik China können die globalen Umwelt- und Klimafragen nicht gelöst werden. Deshalb muss der Austausch zwischen Europa und China auf diesem Gebiet vertieft



werden. Zu diesem Zweck hielten sich vom 12. bis 18. Januar 2013 auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung junge chinesische Umwelt- und Klimaexperten zu einem Austausch mit wichtigen klima- und umweltpolitischen Akteuren in Deutschland und Brüssel auf (s. Foto). Im Fokus des einwöchigen Studienseminars standen die jüngsten Entwicklungen in der deutschen Klimapolitik vor dem Hintergrund der Energiewende. Es wurden vor allem Anpassungsstrategien der deutschen Volkswirtschaft, der Kommunen und Unternehmen beleuchtet. Zugleich diente die Reise auch der Information über aktuelle Entwicklungen und Bestrebungen in der Volksrepublik China, zu einem effektiven Umwelt- und Klimaschutz zu kommen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die sich entwickelnde Zivilgesellschaft.

+ + + KURZMELDUNGEN + + +

Vorstellung der „Iquitos-Erklärung zum Klimawandel und Nachhaltigkeitsentwicklung“ im Parlament der Andenländer

Am 6. Dezember 2012 präsentierten der ehemalige Umweltminister Dr. Antonio Brack und der Vizepräsident des Andenparlaments die „Iquitos-Erklärung zur Nachhaltigkeitsentwicklung im Amazonasbecken“. Die Erklärung ist auf eine von der KAS organisierte Konferenz im August letzten Jahres in Iquitos (Peru) zurückzuführen, wo sie von Experten und Parlamentariern christlich-demokratischer Parteien aus Bolivien, Brasilien, Kolumbien und Ecuador erarbeitet wurde. Ziel war es, die regionale Zusammenarbeit der Staaten am Amazonasbecken für eine nachhaltige Entwicklung zu stärken.

18. Weltklimaverhandlungen in Doha/Katar

Nach Cancún (2010) und Durban (2011) war die KAS zum dritten Mal bei den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen, die 2012 in Doha/Katar stattfanden, präsent. Im Rahmen eines Workshops diskutierten verschiedene Referenten ein aktuelles KAS-Projekt zum Klimaschutz aus dem Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika, das u. a. von dessen Leiter Prof. Dr. Christian Roschmann vorgestellt wurde. Für die wissenschaftliche Begleitung des Projektes konnte zudem Prof. Dr. Oliver C. Ruppel von der Universität Stellenbosch (Südafrika), der zugleich Mitglied im Weltklimarat (IPCC) ist, gewonnen werden. Im zweiten Teil des Workshops ging es um die von der KAS unterstützte Bürokratieabbau-Initiative der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) Bielefeld. Ein Team um Prof. Dr. Wittberg und Vertreter des Bundesumweltministeriums entwickeln in diesem Kontext einen Nachhaltigkeitskompass. Auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen wurde der Ansatz auf einem Side Event im Pavillon der EU der Öffentlichkeit vorgestellt.

■ POLITISCHER DIALOG

> Fortsetzung von Seite 7

MIGRATION NACH MAURETANIEN

Derzeit erlebt Mauretanien einen noch nie da gewesenen Migrationsstrom aus Subsahara-Afrika, der schwer auf den schwachen wirtschaftlichen und humanen Ressourcen sowie der kaum existierenden Infrastruktur lastet. Vor allem Flüchtlinge aus dem Krisengebiet Nord-Mali wandern nach Mauretanien ein. Hinzu treten gesellschaftspolitische Spannungen, die durch die Rückkehr aus Senegal der von zwischen 1989 bis 1991 enteigneten und vertriebenen ethnischen Gruppen wieder wachgerufen worden sind.



In der Mitte: Prof. Didi Ould Saleck, Direktor des CMES

Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Centre Maghrébin des Etudes Stratégiques (CMES) vom 18. bis 19. Dezember 2012 in Nouakchott die erste mauretanische Konferenz zum Thema „Migration“ veranstaltet. Von den Teilnehmern wurde festgehalten,

dass es an einer nachhaltigen Migrationsstrategie in der mauretanischen Politik fehlt. Vor diesem Hintergrund war es ein wichtiger Erfolg, das Bewusstsein für die Problematik geschärft und mögliche Lösungswege aufgezeigt zu haben.

+++ KURZMELDUNG +++

Nachwuchsförderung Christlicher Gewerkschafter in Zentralamerika

Die Nachwuchsförderung der Gewerkschaft Confederación Centroamericana de Trabajadores (CCT) hat als Ziel, die Erneuerung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen. Die KAS und ICAES (Instituto Centroamericano de Estudios Sociales) haben 2008 damit begonnen, verstärkt Bildungskurse für junge Erwachsene anzubieten. Das Ziel dieser politischen Schulungen ist es, christdemokratischen Gewerkschaftsleitern programmatische Argumente sowie praktische Instrumente an die Hand zu geben, die für die interne Gewerkschafts- und externe Öffentlichkeitsarbeit nützlich sind. Vom 11. bis 13. Februar 2012 fand eine weitere Ausbildung im ICAES statt. Es nahmen zukünftige Gewerkschaftsfunktionäre der sechs Länder Zentralamerikas teil.



Die Teilnehmer des Deutschlandseminars mit dem Wiesbadener Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller

KAS-DEUTSCHLANDSEMINAR FÜR TUNESISCHE PARTEIENVERTRETER

Im November 2012 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Tunis ausgewählte Parteienvertreter nach Deutschland ein. Das knapp zwölf-tägige Deutschlandseminar fand im Rahmen der deutsch-tunesischen Transformationspartnerschaft statt, deren Ziel die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen ist. Die 15 nationalen, regionalen und lokalen Vertreter der neugegründeten Partei Nidaa' Tounes (dt.: Ruf Tunesiens) beschäftigten sich in den Seminarbegegnungen u. a. mit Erfahrungen der Vergangenheitsbewältigung, der Entwicklung der deutschen Parteienlandschaft und der Organisation von Parteiarbeit.

BEGLEITUNG DER WAHL- RECHTSREFORM IN ECUADOR

Zur Vorbereitung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Ecuador am 17. Februar 2013 machten die KAS in Quito und das dortige Büro des National Democratic Institute (NDI) die Bestimmungen und Änderungen im ecuadorianischen Wahlrecht in einer Broschüre nachvollziehbar und führten allein von Ende November bis Weihnachten 2012 nahezu 30 Informationsveranstaltungen in allen Landesteilen durch.



Auch die Abgeordneten des nationalen Parlaments ließen sich von der KAS und ihren Partnern über das aktuelle Wahlrecht informieren.

Ziel dieser Reihe war es zum einen, die Journalisten des Landes über die strikten gesetzlichen Einschränkungen für die Medienberichterstattung in der Wahlkampfzeit aufzuklären und sie in Trainings auf eine „korrekte“ Berichterstattung vorzubereiten und damit vor Strafverfolgung zu schützen. Zum anderen erhielten die Vertreter aller Parteien sowie die Öffentlichkeit Gelegenheit, sich über die Neuerungen hinsichtlich der regionalen Listenwahlen und die Konsequenzen aus dem von der Regierung Correa neu eingeführten Zählverfahren nach D'Hont zu informieren.

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER



Hans-Hartwig Blomeier

- Übernimmt ab April die Leitung des KAS-Auslandsbüros in Großbritannien
- Stand seit 2012 dem KAS-Auslandsbüro Uruguay vor
- Kontakt: hans.blomeier@kas.de



Maximilian Hedrich

- Ist seit Februar als Trainee im KAS-Auslandsbüro in Polen im Einsatz
- War seit März 2012 als Referent im Team Europa tätig
- Kontakt: maximilian.hedrich@kas.de



Ronny Heine

- Wird ab April das KAS-Auslandsbüro in Pakistan leiten
- Hatte seit 2007 als Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt die Leitung des Bildungszentrums Schloss Wendgraben inne
- Kontakt: ronny.heine@kas.de



Franziska Porst

- Ab März Trainee im KAS-Auslandsbüro in Benin
- Absolvierte einen Master in Contemporary European Studies an den Universitäten Bath und Siena
- Kontakt: franziska.porst@kas.de



Nicole Stopfer

- Wird ab Mai als Trainee im KAS-Auslandsbüro in Mexiko eingesetzt werden
- Arbeitete zuvor u.a. bei der Delegation der Europäischen Union in Washington
- Kontakt: nicole.stopfer@kas.de



Reinhard Willig

- Wird ab März das KAS-Auslandsbüro in Peru leiten
- War zuvor als Referent des Teams Lateinamerika vor allem für die Länder des Cono Sur (Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay) zuständig
- Reinhard.willig@kas.de

BESUCH OMANISCHER ABGEORDNETER IN DER BUNDESHAUPTSTADT

Eine Delegation von fünf omanischen Würdenträgern aus dem Staatsrat und dem Schura-Rat ist in der vierten Novemberwoche nach Berlin gereist, um Deutschland und sein politisches System besser kennenzulernen. Durch Gespräche mit Abgeordneten von Bundestag, Bundesrat, dem Kanzleramt sowie dem Berliner Landtag gewannen die Teilnehmer einen umfassenden Einblick in die Vielschichtigkeit der deutschen Demokratie. Höhepunkt des Besuchs war ein Treffen mit Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert. Auch im Gespräch mit Dr. Gerhard Wahlers, stv. Generalsekretär der KAS und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, kamen die Grundlagen der guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zum Ausdruck. Wahlers unterstrich das Interesse der KAS, auch weiterhin auf Parallelen aufzubauen, Unterschiede anzuerkennen und so gemeinsam auf eine stabile Entwicklung Omans hinzuarbeiten.



Mit Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhaus von Berlin (Mitte), und Andreas Gram, Vizepräsident (Mitte rechts)

DIALOGPROGRAMM FÜR GRIECHISCHE JOURNALISTEN IN BERLIN UND HAMBURG

In der Woche der Bundestagsentscheidung über erneute Griechenlandhilfen (Nov./Dez. 2012) lud die KAS Vertreter griechischer Medien zu einem Dialogprogramm nach Deutschland ein. Das Programm ermöglichte es den Teilnehmern, die deutsche Perspektive zur europäischen Schuldenkrise kennenzulernen und diese kontrovers zu diskutieren. Zugleich bot die Reise den griechischen Journalisten die Möglichkeit, ihr Netzwerk um journalistische und politische Kontakte in Deutschland zu erweitern. Höhepunkt des Programms war der Besuch der Plenarsitzung während der Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu den Griechenlandhilfen. Im Anschluss hieran folgte ein Gespräch mit Regierungssprecher Steffen Seibert und Dr. Nikolaus Meyer-Landrut, Leiter der Europa-Abteilung im Bundeskanzleramt. Weitere Termine führten die Journalisten u. a. zur Bundespressekonferenz, den Redaktionen von ZEIT, Spiegel, BILD und FTD sowie zu Dr. Joachim Pfeiffer MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.



Griechische Medienvertreter in Berlin



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



ARMED CONFLICTS IN SOUTH ASIA 2012

Anlässlich der siebten jährlichen Fachkonferenz wurde am 29. Januar 2013 der vom Regionalprojekt SAARC der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Institute of Peace and Conflict Studies (IPCS) herausgegebene gleichnamige Sammelband der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Konferenz und Publikation zielen darauf ab, den Verlauf der zahlreichen bewaffneten Konflikte in Südasien zu analysieren sowie Zukunftsszenarien und mögliche Lösungsstrategien zu diskutieren.



LERNEN AUS EVALUIERUNGEN

Mit der dritten Broschüre „Lernen aus Evaluierung“ präsentiert die Stabsstelle Evaluierung nun bereits im sechsten Jahr die wichtigsten Ergebnisse der externen Begutachtungen unserer internationalen Projektarbeit. Vorgestellt werden Kurzberichte ausgewählter Evaluierungen der Jahre 2010 und 2011 sowie ein Überblick über die gesamte Evaluierungstätigkeit in diesem Zeitraum. Ein weiteres Schwerpunktthema der vorliegenden Ausgabe ist die Umsetzungskontrolle.



ENVIRONMENT, ENERGY AND CLIMATE CHANGE

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kambodscha hat ein Handbuch für politische Parteien zu den Themenfeldern Umwelt, Energie und Klimawandel in englischer Sprache herausgegeben. Das Buch enthält Definitionen, Konzepte und Hintergrundinformationen zu den globalen, regionalen und nationalen Fragestellungen zu Energiesicherheit, Umweltpolitik und Klimawandel sowie praktische Informationen für politische Parteien zur Entwicklung von europäischen und asiatischen Parteiidentitäten, Programmen und Positionen in Umwelt- und Energiefragen.



REALITY CHECK

Aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Unabhängigkeit Uganda haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und ihr Partner Uganda Media Development Foundation (UMDF) eine Studie zur Entwicklung der Medienlandschaft in Uganda veröffentlicht. Das Buch, verfasst vom renommierten Medienexperten Dr. Michael Kakooza, bietet einen wichtigen Impuls für die Debatte zum Stand der Unabhängigkeit und Freiheit der ugandischen Medien. Das Thema wird dabei nicht nur aus historischer Perspektive beleuchtet, sondern auch in den Kontext des gegenwärtigen Diskurses zur politischen Herrschaft in Uganda gestellt.



SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: WAS HEISST DAS KONKRET?

Im internationalen Vergleich erweist sich die Soziale Marktwirtschaft als erfolgreiches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Trotz dieser Tatsache fällt es vielen Menschen schwer zu beschreiben, worauf der langfristige ökonomische Erfolg Deutschlands gründet und was hinter der Begrifflichkeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ steckt. Die Publikation setzt hier an und vermittelt die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, indem die wesentlichen Prinzipien der deutschen Wirtschaftsordnung vorgestellt und konkretisiert werden.



DIE PHILOSOPHISCHEN VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS MODERNE STRAFRECHT

Wenn sich ein renommierter Rechtswissenschaftler aus Deutschland mit einem Doktor der Rechtsphilosophie aus Argentinien an einen Tisch setzt und redet, entsteht eine spannende Lektüre. Der Leser lernt etwas über die Leidenschaft beider Gelehrter – über die des deutschen Rechtswissenschaftlers Günther Jakobs und die des argentinischen Rechtsphilosophen Esteban Mizrahi. Und er lernt überdies zwei Länder kennen: Argentinien und Deutschland.